

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 57. Sitzung, 11. Dezember 2014 zum Thema: Gesetzentwurf über die Errichtung eines Sondervermögens "Infrastruktur der Wachsenden Stadt" - 2. Lesung

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Frau Becker!

Ja, in der Grundintention sind wir uns einig.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Das war in der Vergangenheit von Ihrer Seite – ich betone: von Ihrer Seite – nicht so. In den Haushaltsberatungen hatten Sie sich noch zu der Behauptung verstiegen, die Oppositionsfraktionen betrieben eine verantwortungslose Haushaltspolitik,

[Torsten Schneider (SPD): Daran hat sich nichts geändert!]

weil sie mehr investieren und dafür weniger tilgen wollten als der Senat. Schön, dass Sie das jetzt anders sehen und genauso sehen wie wir.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN – Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Und: Ja, Frau Becker, wir hätten Ihrem Gesetz deswegen heute gerne zugestimmt,

[Zurufe von der SPD]

wäre da nicht der Satz – ich zitiere –: Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses entscheidet auf Vorschlag des Senats über die Mittelverwendung

[Zurufe von der SPD]

Das ist der zentrale Stein des Anstoßes.

[Lachen bei der SPD]

Denn hier wird uns gesagt, über die vordringlichen Investitionen soll der Senat im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss entscheiden.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Das Parlament in seiner Gesamtheit kann keine Vorschläge über die Mittelverwendung machen. Die Entscheidung über die Mittelverwendung wird in einem einzelnen Ausschuss entschieden, und Abgeordnete, die diesem Ausschuss nicht angehören – und das sind die meisten hier –, erhalten noch nicht einmal die Information, die berühmte rote Nummer, automatisch zur Kenntnis.

[Zurufe von der SPD]

Dieses demokratiefeindliche Verfahren bei der Beschlussfassung über öffentliche Gelder lehnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entschieden ab.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schneider?

Joachim Esser (GRÜNE): Nein, ich komme ja noch zu ihm. Er duckt sich heute als Redner weg.

[Torsten Schneider (SPD): Du Kneifer, du!]

Denn, um konkret zu werden, Herr Schneider und werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU: Was heißt dieser Satz, der Hauptausschuss entscheidet, praktisch? Was heißt das praktisch im Rahmen der Arbeitsteilung im Senat und im Parlament? – Praktisch heißt das, dass die haushaltspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen, derzeit die Herren Schneider und Goiny, und die Senatsverwaltung für Finanzen, faktisch im Augenblick repräsentiert durch Herrn Staatssekretär Feiler, untereinander ausbaldowern, wo zusätzlich investiert wird und wo nicht.

[Zurufe von den GRÜNEN und der SPD]

Und da können Sie dann, meine Damen und Herren von SPD und CDU, und vielleicht auch wir bilateral etwas einspeisen, aber entscheiden tut niemand etwas von Ihnen und uns. Und das nennt dann Herr Schneider einen lebendigen Haushalt! Das ist ein Haushalt, der unter Ihrer feudalen Fuchtel läuft, aber nicht unter der Regie der Demokratie.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Um es mal drastisch zu sagen: Diejenigen unter uns – ich habe die drei Namen genannt –, die das Gesetz faktisch geschrieben haben, schanzten sich in dem Gesetz die Verfügungsgewalt über dreistellige Millionenbeträge zu, und die übrigen Abgeordneten gucken in die Röhre. Genau das und nichts anderes ist die praktische Bedeutung des Satzes: Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses entscheidet auf Vorschlag des Senats über die Mittelverwendung

[Kirsten Flesch (SPD): Ist die Märchenstunde bald vorbei?]

Meine Damen und Herren von SPD und CDU! Ich kann Sie nicht daran hindern, Ihrer Selbstentmachtung zuzustimmen, aber seien Sie versichert: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Berlin schützen Sie selbst vor dieser Torheit. Das Recht dieses Hauses und all seiner Mitglieder über die Verwendung aller öffentlichen Einnahmen zu bestimmen, dieses Königsrecht des Parlaments ist nach der Verfassung unveräußerlich. Und wir werden nach der heutigen Abstimmung weiter dafür kämpfen, dass es auch in Berlin uneingeschränkt gilt.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Das hat ja inzwischen leider eine gewisse Tradition. Diese Entmachtung der Abgeordneten inklusive der eigenen aus der CDU hat Herr Goiny gestern im Hauptausschuss damit gerechtfertigt, dass es ihm eigentlich um eine Entmachtung der trägen Verwaltungspraxis gehe. Sein Vorbild für den Einsatz der Mittel aus dem Sondervermögen wachsende Stadt sei das Konjunkturprogramm II, bei dem die diversen Aufgabenträger unmittelbar selbst investiert haben. Aber ich kann Ihnen sagen –meine Redezeit geht zu Ende –, ich habe Ihnen den Haushaltsplan 2010 mitgebracht. In Kapitel 2920 finden sich 631 Millionen Euro auf rund 60 Titel verteilt, veranschlagt durch das Abgeordnetenhaus und alle seine Mitglieder: für Schulen, Kitas, Gebäudesanierung, Hochschulen, Bäder, Charité, Krankenhäuser, Lärmschutzmaßnahmen, Informationstechnologie und für Spezialfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr. Das war damals alles haarklein veranschlagt. Warum soll das denn jetzt anders sein, Herr Goiny? Warum sollen die Abgeordneten entmachtet werden? Mir erschließt sich das nicht. Und wir machen das auch nicht mit.

[Beifall bei den GRÜNEN –vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Wir bitten Sie deswegen: Stimmen Sie mit Blick auf das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses und jedes einzelnen seiner Mitglieder unserem Änderungsantrag zu!

[Beifall bei den GRÜNEN –vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]